

Redebeitrag der Stadtverordneten **Manuela Schon** in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Dezember 2011 zum Tagesordnungspunkt 13 der Tagesordnung I (11-V-51-0064 Verantwortung für Wiesbaden; Anpassung der Kindertagesstättengebühren und Einführung einer Gebühr für die Betreuende Grundschule)

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Hendrik Seipel-Rotter
Veit Wilhelmy
Michael Göttenauer
Manuela Schon

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Koalitionäre,

schöne Bescherung, die sie da den Eltern der Landeshauptstadt Wiesbaden pünktlich zum christlichen Weihnachtsfest bereiten. Dank der überfallartig vorgelegten Sitzungsvorlage dürfte es für die meisten eine bitterböse und teure Überraschung geben.

Bekannt ist, dass es kaum ein Land gibt, in dem der Bildungserfolg in solch einem Maße von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt wie in Deutschland, und dass der Garant für gute Bildung für alle in einem kostenlosen, ganztägigen Bildungsangebot von klein auf liegt. Deshalb gehen viele Kommunen bundesweit zu einer Beitragsreduzierung oder gar zur Gebührenabschaffung über. Die reiche Landeshauptstadt Wiesbaden jedoch erhöht die Gebühren und verschärft damit die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem. Für ein Kind in der betreuenden Grundschule bedeutet Ihre neue Gebührensatzung Mehrausgaben im Jahr in Höhe von 1920 Euro plus Verpflegung. Für ein Kind mit Ganztagsplatz im Elementarbereich im letzten und vorletzten Jahr vor der Einschulung summiert sich die Erhöhung auf 1560 Euro. Bei der Kinderkrippe mit Mittagsbetreuung sind es immerhin noch 720 Euro, die die Eltern mehr berappen müssen. Und auch die 240 Euro für Hort und Ganztagsplatz im Elementarbereich sind für viele Betroffene kein Pappenstiel.

Gestern im Jugendhilfeausschuss wurde argumentiert, dass es sich nur ganz kleine Kommunen mit wenig Plätzen leisten könnten, die Kinderbetreuung komplett beitragsfrei zu stellen. Unsere stark verschuldete Nachbarstadt Mainz beweist das Gegenteil. Oder die Stadt Düsseldorf, die mit 590.000 Einwohner_innen mehr als doppelt so groß ist wie Wiesbaden.

Soziale Stadt nur mit uns, Herr Sozialdezernent Imholz,
Sie haben in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen verkürzt gesagt, dass den Wiesbadener Eltern die Qualität und die Kosten der Betreuung ihrer Kinder mehr oder weniger egal sind und dass sich die allgemeine Unzufriedenheit vielmehr auf die Anzahl der vorhandenen Plätze bezieht. Diese Darstellung ist extrem verkürzt, wenn wir uns die Ergebnisse der Elternbefragung im Bereich U3 anschauen:
„Von denjenigen, die bisher kein Betreuungsangebot in einer Kindertagesstätte oder in der Tagespflege nutzen, begründen dies 17% damit, dass die Kosten zu hoch sind“.

Dies sind genau die Befragten aus der Gruppe der Eltern, die ihre Erhöhung am meisten treffen wird. Nämlich diejenigen, die nicht befreit sind und die nicht das Einkommen haben, Unsummen für Kinderbetreuung auszugeben. Für viele Elternteile aus dieser Gruppe wird sich zukünftig noch mehr die Frage stellen, ob es sich überhaupt lohnt, arbeiten zu gehen, nur um einen Kinderbetreuungsplatz bezahlen zu können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

dass wir die Vorlage erst so kurzfristig erhalten haben, obwohl sie vom Sozialdezernenten bereits im Oktober unterzeichnet wurde, spricht Bände: Dieses Vorgehen Ihrerseits ist extrem intransparent und schließt zum anderen die sachgerechte Beteiligung aller Expert_innen aus. Es beschleicht mich das Gefühl, dass sie hoffen, sich mit dieser Überrumpelungstaktik in die Weihnachtspause flüchten zu können und dass die Kritik an Ihrer unsozialen Gebührenerhöhung im allgemeinen Weihnachtstrubel untergeht.

Aus frauenpolitischer Sicht muss ich Ihnen im Übrigen sagen, dass die neue Gebührensatzung extrem frauenfeindlich ist: Mit der Freistellung des Halbtagsplatzes und den drastischen Gebührenerhöhungen im Ganztagesbereich verschärfen Sie die finanzielle Situation von Frauen und deren ökonomische Abhängigkeit von ihrem Partner. Die Zeit bis 12 Uhr reicht doch gerade mal der Hausfrau und Mutter, um den Haushalt und ein paar Einkäufe zu erledigen - bei weitem aber nicht einer berufstätigen Mutter, einer Beschäftigung nachzugehen. Nicht für Teilzeit und schon gar nicht für Vollzeit. Eine solche Vorlage hätte deshalb auch unbedingt in den Ausschuss für Frauenangelegenheiten gehört und eine Stellungnahme der Frauenbeauftragten erfordert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in Anbetracht der Tatsachen, dass weder die Fachgremien vernünftig angehört wurden noch die Ergebnisse der Elternbefragungen im Elementar- und Schulkinderbereich bisher vorgelegt wurden, und die Erhöhung die Eltern eiskalt und unerwartet treffen wird, beantragen wir die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes von der Tagesordnung. Sollten Sie dem nicht zustimmen, wird die Fraktion LINKE&PIRATEN dieser unsozialen und frauenfeindlichen Gebührenerhöhung nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Manuela Schon